

## **Unterrichtung**

### **durch das Europäische Parlament**

### **Entschließung über den fünften Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Wettbewerbspolitik**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

in Kenntnis des Fünften Berichts der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Wettbewerbspolitik,

in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Dok. 243/76) —

1. begrüßt die Leitung der Kommission bei der Erzielung stetiger Fortschritte im Bereich der Wettbewerbspolitik, die trotz der derzeitigen schweren internationalen Wirtschaftsprobleme zur Stärkung des Gemeinsamen Marktes beigetragen haben, bedauert jedoch, daß die Kommission nicht über angemessene Mittel und Verbindungen zwischen ihren Dienststellen verfügt, um der zunehmenden Konzentration der Gesellschaften, die besonders zur Inflation beitragen, entgegenzuwirken;
2. betont jedoch, daß die Kommission Umfang und Anwendung ihrer Wettbewerbspolitik erweitern muß, um den gesamten Bereich der Gemeinschaftstätigkeit zu erfassen;
3. fordert die Kommission daher dringend auf, zu prüfen, wie sich die Wettbewerbspolitik erfolgreich auf so verschiedenartige Gebiete anwenden ließe wie Sozialpolitik, Angleichung von Rechtsvorschriften, Beziehungen der EG zu den Staatshandelsländern, Beitritt neuer Mitgliedstaaten, gemeinsame Agrarpolitik, Fischereipolitik und Seerecht;
4. bedauert, daß die Wettbewerbsaspekte der Energiepolitik, des Verbraucherschutzes, der Kreditinstitute, des Verhältnisses zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalen Rechtsvorschriften und der Industriepolitik im Fünften Bericht nicht erwähnt werden, obwohl dies Bereiche sind, in denen die Wettbewerbspolitik fraglos eine Rolle spielt und auf die das Europäische Parlament in früheren Entschlüßungen bereits hingewiesen hat;
5. bedauert ferner, daß bei der Beseitigung von Wettbewerbsbehinderungen im öffentlichen Vergabewesen nur unzureichende Fortschritte zu verzeichnen sind;

6. stellt fest, daß auch bei der Harmonisierung der Ausfuhrkredite die Fortschritte ungenügend sind;
7. betont, wie wichtig es ist, daß die Kommission die Entwicklungen der nationalen Wettbewerbspolitiken in den Mitgliedstaaten aufmerksam beobachtet, um festzustellen, ob sie im Einklang mit den Zielen einer gemeinschaftlichen Wettbewerbspolitik stehen, und fordert die Kommission auf, in ihre künftigen Berichte eine genaue Untersuchung dieser Entwicklungen aufzunehmen;
8. ersucht die Kommission dringend, eine eindeutige Politik auf dem Gebiet der Patentlizenzverträge zu verfolgen, ohne die es für die Unternehmen schwierig ist, ihre Tätigkeit auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft abzustellen, und wiederholt daher seine Bitte an die Kommission, präzise Leitlinien für den Inhalt von Patentlizenzverträgen auszuarbeiten, durch die der unerläßliche Schutz für den Patentinhaber gewährleistet und Vertriebsbeschränkungen, die im Widerspruch zu dem Gedanken eines ungeteilten Marktes stehen, vermieden werden könnten;
9. fragt sich, weshalb sich im Fünften Bericht keine Hinweise darauf finden, daß die Kommission ihre im Vierten Bericht erwähnten Untersuchungen über Preisunterschiede, die Anzeichen für Wettbewerbsverfälschungen sein könnten, fortgesetzt hat, insbesondere in Anbetracht dessen, daß die Wettbewerbspolitik eine Rolle bei der Inflationsbekämpfung spielen sollte;
10. unterstützt die Bemühungen der Kommission, unlautere Praktiken wie Preisabsprachen zu unterbinden, wie ihre Klage gegen United Brands, Hoffmann-Laroche und andere zeigt;
11. begrüßt die von der Kommission ausgearbeiteten neuen Grundsätze für die Koordinierung der Regionalbeihilfen in der gesamten Gemeinschaft und mißt der Anwendung dieser Grundsätze größte Bedeutung bei;
12. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen weiterhin darauf zu richten, daß die von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen auch tatsächlich zu der notwendigen Umstrukturierung der Wirtschaft beitragen und nicht einfach der Erhaltung veralteter Industriestrukturen oder der Abwälzung von Schwierigkeiten von einem Mitgliedstaat auf den anderen dienen;
13. begrüßt es, daß die Kommission Leitlinien für die Beurteilung selektiver Vertriebsvereinbarungen angenommen hat, hofft jedoch auf eine weitere Entwicklung in diesem Bereich im Sinne eines weiteren Ausbaus dieser Grundprinzipien;
14. fordert die Kommission dringend auf, die Rolle, die die Wettbewerbspolitik bei der Unterstützung von Klein- und

Mittelbetrieben spielen könnte, zu untersuchen und aufzubauen;

15. sieht den Ergebnissen der von der Kommission durchgeführten Untersuchung des Geschäftsgebarens der öffentlichen Unternehmen und der Richtlinie, die sie hierzu ausarbeitet, mit Interesse entgegen;
16. bringt erneut sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß der Rat den Vorschlag für eine Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen noch nicht angenommen hat, und fordert den Rat dringend auf, diesen Vorschlag in der vom Parlament gebilligten Form unverzüglich anzunehmen; hofft, daß die Kommission ihre Untersuchungen auf dem Gebiet der Konzentration der Industrie innerhalb der Gemeinschaft fortsetzen und sich speziell zu weiteren Maßnahmen in bezug auf die vorgeschlagene Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen verpflichten wird.
17. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung und den Ausschlußbericht dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.